

Inhalt

Inhalt.....	1
1) IPPEN KAUFTE EIN: FAZIT-STIFTUNG TRENNT SICH VON FRANKFURTER RUNDSCHAU, FRANKFURTER NEUE PRESSE UND SOCIETÄTS-DRUCKEREI.....	1
2) ATTRAKTIVITÄTSOFFENSIVE FÜR DEN ZEITUNGSJOURNALISMUS! DJU FORDERT 4,5% MEHR FÜR FESTE UND FREIE.....	3
3) TARIFVERHANDLUNGEN BEI DPA PICTURE ALLIANCE IN FRANKFURT: BESCHÄFTIGTE WOLLEN TARIFBINDUNG	3
4) ARBEIT 4.0 IN DER MEDIENBRANCHE: TAGESVERANSTALTUNG AM SAMSTAG, DEN 3.MÄRZ IN GLADENBACH	4
5) BREITES BÜNDNIS KLAGT GEGEN BND-GESETZ.....	4
6) JOURNALISTINNENBUND VERGIBT COURAGE-PREIS	5
7) CHEFREDAKTEUR HORST SEIDENFADEN HAT HNA ZUM JAHRESWECHSEL VERLASSEN.....	6
8) IMPRESSUM.....	6

1) IPPEN KAUFTE EIN: FAZIT-STIFTUNG TRENNT SICH VON FRANKFURTER RUNDSCHAU, FRANKFURTER NEUE PRESSE UND SOCIETÄTS-DRUCKEREI

Die geplante Übernahme der Frankfurter Neuen Presse (FNP), der Frankfurter Rundschau (FR) und der Frankfurter Societäts-Druckerei durch die Ippen Gruppe hat in den Belegschaften der betroffenen Betriebe große Besorgnis um den Erhalt der Arbeitsplätze und der Selbständigkeit der beiden Tageszeitungen ausgelöst. Die Kolleginnen und Kollegen der tarifgebundenen Betriebe FNP und der Societäts-Druckerei befürchten zudem Angriffe auf die Tarifverträge, wie sie bereits in vielen anderen Ippen-Betrieben stattgefunden haben.

FNP, FR und die Druckerei gehören über eine verschachtelte Konstruktion der FAZIT-Stiftung, die auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung verlegt. Lediglich an der Frankfurter Rundschau (FR) hält die Karl-Gerold-Stiftung, bis 2004 Alleineigentümerin, noch eine 10-Prozent-Beteiligung. Die FR war erst nach der Insolvenz 2013 mehrheitlich von der Fazit-Gruppe übernommen worden.

Neuer Eigentümer soll die Zeitungsholding Hessen (ZHH) werden. An der ZHH hält die Ippen-Gruppe 80 Prozent, die Gießener Verlegerfamilie Rempel (MDV-Mediengruppe,

Gießener Allgemeine) 20 Prozent. Der Verkauf steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kartellamtes. Dem Vernehmen nach soll die Behörde bereits vorab konsultiert worden sein. Ein besonderes Augenmerk wird sicher der Anzeigenvermarktung im Rhein-Main-Gebiet gelten, zumal es weiterhin eine gemeinsame Vermarktung mit der FAZ geben soll.

Die Verkaufsverhandlungen wurden ohne Beteiligung und vorherige Information der Betriebsräte geführt. Zum Verkaufspaket gehören neben den Zeitungen und der Druckerei auch das Anzeigenblatt Mix am Mittwoch, die Vermarktungsgesellschaft RheinMain.Media und die Digitalagentur Rhein-Main.Net.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft fordert umfassende Zusagen für die Arbeitsplätze in den Verlagsbetrieben und der Druckerei. Insgesamt sind mindestens 800 Beschäftigte betroffen, mehr als die Hälfte davon in der Druckerei. „Zusammen mit den Betriebsräten werden wir dafür kämpfen, dass die Arbeitsplätze erhalten werden“, kündigt der hessische Leiter des ver.di-Fachbereichs Medien, Manfred Moos, an. „Außerdem muss sichergestellt werden, dass die beiden Tageszeitungen FNP und FR als unabhängige Stimmen erhalten bleiben und keine Zusammenlegung der Redaktionen erfolgt.“

Weiteres Ziel von ver.di ist selbstverständlich der Erhalt der Tarifbindung. Die Frankfurter Neue Presse und die Societäts-Druckerei unterliegen bisher den Flächentarifverträgen für die Redaktionen bzw. die Druckindustrie.

Die Karl-Gerold-Stiftung hat zwischenzeitlich versucht, die Befürchtungen zu zerstreuen, es sei eine Zusammenlegung von Redaktionen zu erwarten. Mit Blick auf die Frankfurter Rundschau äußerte sich der Kuratoriumsvorsitzende Richard Meng im Medienportal meedia.de:

<http://meedia.de/2018/02/12/unruhe-um-zukunft-der-frankfurter-rundschau-miteigner-karl-gerold-stiftung-zerstreut-aengste-ueber-einschnitte/>

Offen bleibt dabei natürlich die Frage, welche Auswirkungen der Deal auf die Redaktionen der Frankfurter Neue Presse und der Offenbach-Post hat. Letztere gehört schon seit rund einem Jahrzehnt zur Ippen-Gruppe und erstellt seit 2016 auch den Mantelteil des Hanauer Anzeigers.

Mit dem Kauf der Frankfurter Neuen Presse und der Frankfurter Rundschau erweitert die Verlagsgruppe des Münchener Verlegers Dirk Ippen ihren Einfluss in Hessen erheblich. Der Ippen-Gruppe gehören unter anderem bereits die Offenbach-Post, die Hessische/Niedersächsische Allgemeine in Kassel, die Waldeckische Landeszeitung, die Werra-Rundschau, die Hersfelder Zeitung und zu 80 Prozent die Gießener Allgemeine sowie zahlreiche Anzeigenblätter und Druckereien in Kassel, Gießen und Offenbach. Bundesweit gilt die Ippen-Gruppe mit zahlreichen weiteren Blättern und Druckereien in mehreren Bundesländern als die Nummer sechs unter den deutschen Zeitungsverlagen. Durch den Zukauf in Frankfurt wird die Gruppe ihre Stellung weiter ausbauen.

Den hessischen Zeitungsmarkt teilt sich Ippen nunmehr weitgehend nur noch mit der Mediengruppe VRM aus Mainz, die vor allem in Süd- und Mittelhessen aktiv ist. Konzern-unabhängige regionale Verlagshäuser gibt es kaum noch. Sie dürften durch die neuesten Entwicklungen weiter unter Druck geraten.

2) ATTRAKTIVITÄTSSOFFENSIVE FÜR DEN ZEITUNGSJOURNALISMUS! DJU FORDERT 4,5% MEHR FÜR FESTE UND FREIE

Die dju in ver.di fordert 4,5 Prozent mehr Geld für Freie und Feste. Mindestens 200 Euro mehr für den Nachwuchs sollen die Arbeit im Zeitungsverlag grade für junge Journalistinnen und Journalisten attraktiver machen.

Beim Auftakt der Tarifaueinandersetzung für die rund 13.000 Tageszeitungsjournalistinnen und –journalisten ist schnell deutlich geworden: Den Redaktionen wird auch in diesem Jahr nichts geschenkt. Das ist keine so wahnsinnig überraschende Erkenntnis, zugegeben. Was auch deutlich geworden ist: Die Argumente, sogar die des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, sprechen für die von uns geforderte Attraktivitätsoffensive in den Redaktionen der Tageszeitungen. In denen der Wert der Arbeit wieder austariert werden muss nach Jahren des Umbruchs, den wir auch als Gewerkschaft weiterhin konstruktiv mitgestalten wollen. Denn nichts Anderes ist Tarifarbeit, sie bedeutet: Den Wert unserer Arbeit bestimmen wir selbst. Mit unserer Organisationsmacht, mit überzeugenden Argumenten.

Zum kompletten Artikel: <https://dju.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++10d30d58-083d-11e8-a023-525400940f89>

3) TARIFVERHANDLUNGEN BEI DPA PICTURE ALLIANCE IN FRANKFURT: BESCHÄFTIGTE WOLLEN TARIFBINDUNG

Ende Januar haben die Tarifverhandlungen zum Abschluss eines Tarifvertrags bei der dpa picture alliance (Frankfurt am Main), einer bisher tariflosen Tochter der dpa, begonnen.

Die Tarifforderungen der betrieblichen ver.di-Tarifkommission beziehen sich auf eine Entgelterhöhung, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, betriebliche Altersvorsorge und auf Arbeitszeitverkürzung. „Wir bei der picture alliance tragen durch gute Arbeit trotz erschwerter Bedingungen zum Gesamterfolg der dpa-Gruppe bei. Wir wollen aber die Wertschätzung für unsere Arbeit nicht nur in wohlmeinenden Worten ausgedrückt hören: Unsere Arbeit ist mehr wert. Deshalb kämpfen wir für einen Tarifvertrag“, heißt es in einer Mitteilung der betrieblichen ver.di-Tarifkommission. Die bisher geltenden Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei dpa picture alliance GmbH liegen teilweise erheblich unter dem Niveau der dpa und der anderen Tochtergesellschaften der dpa-Gruppe. „Wir wollen diesen

Zustand beenden und das Unternehmen in die Tarifbindung bringen“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Volker Koehnen, „die Kolleginnen und Kollegen haben für ihre gute Arbeit erheblich mehr Anerkennung verdient.“

Am 30. Januar 2018 fand die erste Verhandlungsrunde zum Abschluss eines Haustarifvertrages statt. Erwartungsgemäß gab es noch kein Ergebnis. Die Arbeitgeberseite hat aber Gesprächs- und Kompromissbereitschaft deutlich gemacht.

Der nächste Verhandlungstermin ist für den 21. Februar 2018 vereinbart.

4) ARBEIT 4.0 IN DER MEDIENBRANCHE: TAGESVERANSTALTUNG AM SAMSTAG, DEN 3.MÄRZ IN GLADENBACH

"Digitalisierung /Arbeit 4.0" - das wird nahezu alle Branchen und alle Berufe betreffen. Wir wollen uns am Samstag, 3. März 2018, im Bildungszentrum Gladenbach intensiv mit den Folgen der rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt beschäftigen.

In das Thema einführen wird Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja von der Universität Göttingen. Sie gibt einen Überblick über laufende Entwicklungen, der durch Beiträge aus der Perspektive der betrieblichen Praxis ergänzt werden soll. Unter anderem wird dabei auch die technische Entwicklung in den verschiedenen Branchen unseres Fachbereichs dargestellt.

Infos und Flyer:

<https://medien-kunst-industrie-hessen.verdi.de/branchen-und-betriebe/vdp/++co++36d2bf30-011c-11e8-bb97-525400940f89>

Für ver.di-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos. Anmeldungen an olaf.gruss@verdi.de

5) BREITES BÜNDNIS KLAGT GEGEN BND-GESETZ

Ein Bündnis aus Journalistenverbänden und Nichtregierungsorganisationen, darunter die dju in ver.di, unterstützt eine Verfassungsbeschwerde gegen das neue BND-Gesetz.

Die Klage richte sich gegen die weitreichenden Überwachungsbefugnisse des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND durch das Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung vom 23. Dezember 2016 (BNDG-Novelle), erläuterte der Vorsitzende der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), Dr. Ulf Buermeyer, der auch deutlich machte, dass es solch ein breites Bündnis für eine Verfassungsbeschwerde selten gegeben habe. Das novellierte BND-Gesetz ermögliche es, die Kommunikation von im Ausland lebenden Ausländern anlasslos zu erfassen sowie alle anfallenden Inhalts- und Verkehrsdaten zu erheben und zu

verarbeiten. Anders als bei rein inländischen Überwachungsmaßnahmen nach der Strafprozessordnung (z.B. Überwachung von Verdächtigen im Rahmen von organisierter Kriminalität o.ä.), so Buermeyer weiter, brauche der BND für eine solche strategische Ausland-Ausland-Überwachung keinen konkreten Verdacht und auch keinen richterlichen Beschluss. Ebenso wenig enthalte die Gesetzesnovelle eine Ausnahmeklausel für sensible Personengruppen wie etwa Journalist/innen und ihre Quellen. „Doch Presse- und Rundfunkfreiheit schließt auch die dafür nötigen Voraussetzungen ein. Vertrauliche Kommunikation und Geheimhaltung müssen garantiert sein. Mit diesem Gesetz wurden alle roten Linien überschritten, gerade so als gäbe es keine Pressefreiheit.“

Zum kompletten Artikel auf M online:

<https://mmm.verdi.de/beruf/breites-buendnis-klagt-gegen-bnd-gesetz-47735>

6) JOURNALISTINNENBUND VERGIBT COURAGE-PREIS

Der Courage-Preis für aktuelle Berichterstattung wird 2018 zum dritten Mal im Rahmen der jib-Medienpreisverleihung vergeben. Und auch dieses Mal freut sich der Journalistinnenbund auf Vorschläge für auszeichnungswürdige Kandidatinnen und ihren Beitrag, der Maßstäbe für journalistische Arbeit setzt. Erstmals erhält die Preisträgerin – dank der Förderung der Frankfurter Stiftung Maecenia – ein Preisgeld von 1.200 Euro.

Mit dem Courage-Preis ehrt der Journalistinnenbund die herausragende Leistung einer verdienten Kollegin, die konstant durch die Qualität ihrer Arbeit aufgefallen ist. Sie hat bewiesen, dass sie einen besonderen Blick auf die aktuellen Ereignisse wirft und dabei mit Bewusstsein für Gender-Fragen vorgeht.

Alle weiteren Informationen: <https://www.journalistinnen.de/wir-suchen-vorschlaege-fuer-den-courage-preis>

7) CHEFREDAKTEUR HORST SEIDENFADEN HAT HNA ZUM JAHRESWECHSEL VERLASSEN

Der Verlag der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA), die Verlag Dierichs GmbH & Co. KG, und ihr langjähriger Chefredakteur Horst Seidenfaden gehen ab dem 1. Januar 2018 getrennte Wege.

Wie das Unternehmen mitteilte, haben sich der Verlag und Horst Seidenfaden auf eine einvernehmliche Beendigung der Zusammenarbeit zum 31. Dezember 2017 verständigt. Unterschiedliche Auffassungen zur künftigen Geschäftsentwicklung haben dazu geführt, dass mit dem Jahreswechsel auch ein Wechsel an der Redaktionsspitze der HNA eintreten soll.

Die Leitung der Redaktion übernimmt kommissarisch der stellvertretende Chefredakteur Jan Schlüter. Der Leiter der Online-Redaktion, Jens Nähler, bleibt Mitglied der Chefredaktion.

8) IMPRESSUM

Der dju-Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Landesvorstand der hessischen dju in ver.di herausgegeben.

Aus ökonomischen Gründen verzichten wir auf gleichzeitige weibliche wie männliche Personenbezeichnungen. Stattdessen verwenden wir diese abwechselnd.

Namentlich oder mit Kürzel gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des dju-Landesvorstandes wieder.

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten im Internet, die über einen von uns veröffentlichten Link erreicht werden.

Verantwortlich: Manfred Moos, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Telefon 069/2569-1525, Fax -1599

Mail: dju.hessen@verdi.de